



Neuaustrichtung der Entwicklungszusammenarbeit

## Kampf gegen Klimakrise muss im Vordergrund stehen

**Bern/Lausanne, 20. August 2019. Der Bundesrat will die Internationale Zusammenarbeit (IZA) neu ausrichten. *Brot für alle* fordert in ihrer [Stellungnahme](#), dem Kampf gegen die globale Klimakrise und der Stärkung der Zivilgesellschaft mehr Gewicht zu geben. Vor allem für die Umsetzung der Klimamassnahmen brauche es zusätzliche finanzielle Mittel. Die Vernehmlassung zur IZA-Botschaft geht diese Woche zu Ende, 2020 wird sich das Parlament damit befassen.**

Der Bundesrat legt in seiner Botschaft zur Internationalen Zusammenarbeit der Schweiz vier Ziele fest: Arbeitsplätze schaffen, den Klimawandel bekämpfen, die irreguläre Migration reduzieren sowie Rechtsstaat und Frieden fördern. Zudem will er mehr mit dem Privatsektor zusammenarbeiten, die Interessen der Schweizer Wirtschaft stärker gewichten und die Zahl der Schwerpunktländer von 46 auf 34 reduzieren.

*Brot für alle* kritisiert in ihrer [Stellungnahme](#) die Ziele des Bundesrates als zu vage und schlägt zur Konkretisierung verschiedene Ergänzungen vor. Von zentraler Bedeutung ist für die Entwicklungsorganisation der verstärkte Kampf gegen die Klimakrise, der aber nicht aus dem ohnehin zu knappen IZA-Budget finanziert werden dürfe. Dazu braucht es alternative und zusätzliche Mittel, etwa durch die Einführung einer Flugticketabgabe oder die Ausweitung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffe.

### ZT: Transformation als Leitprinzip

Die Förderung von Frieden und Rechtsstaat lässt sich für *Brot für alle* am besten erreichen, indem die Zivilgesellschaft gestärkt wird. Deren Handlungsspielraum ist in den letzten Jahren weltweit stark eingeschränkt worden. Ohne freie Meinungsäusserung und Mitwirkung der Zivilgesellschaft lassen sich indessen die vom Bundesrat formulierten Ziele wie nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung nicht erreichen. *Brot für alle* fordert deshalb konkrete Massnahmen zum Schutz und zur Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements.

Letztlich muss die gesamte Internationale Zusammenarbeit der Schweiz unter dem Leitprinzip der Transformation von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft in Richtung soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit stehen. Partnerschaften mit dem Privatsektor können dabei einen Beitrag leisten. Sie müssen jedoch primär einen sozialen Nutzen in den Entwicklungsländern bringen und mit wirksamen Prozessen der Sorgfaltsprüfung in Bezug auf Menschenrechte und Umweltrisiken verbunden sein.

### Auskunft:

Miges Baumann, Leiter Entwicklungspolitik, 031 380 65 72, [baumann@bfa-ppp.ch](mailto:baumann@bfa-ppp.ch)

---

### Brot für alle – Wir bewegen Menschen

*Brot für alle* ist die Entwicklungsorganisation der Evangelischen Kirchen der Schweiz. Wir engagieren uns im Norden wie im Süden für einen Wandel hin zu neuen Modellen der Nahrungsmittelproduktion und der Wirtschaft. Diese setzen auf Kooperation zwischen den Menschen und fördern den Respekt gegenüber den natürlichen Ressourcen. Mit Sensibilisierungsarbeit und hoffnungsvollen Alternativen motivieren wir Menschen dazu, selber Teil des nötigen Wandels zu werden.

